



„Die-in“ nach dem „Ride of Silence“ – kurz zuvor war hier tatsächlich eine Raderin gestorben
Foto: Axel Heimken/dpa

Radfahrer tot, Autofahrerin frei

Eine Bewährungsstrafe bekommt eine Autofahrerin, die 2016 einen Mann in Lurup totgefahren hatte. Das Amtsgericht Altona geht davon aus, dass sie es nicht wieder tut

Von Cara Westerkamp

Auf den Tag genau 17 Monate, nachdem ein 68-jähriger Radfahrer auf der Ückerstraße in Lurup von einem Auto überfahren wurde und starb, ist nun das Urteil gefallen. Das Amtsgericht Altona hat die Angeklagte Autofahrerin Sabine S. wegen fahrlässiger Tötung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt.

Die Debatte um Fahrradtote in Hamburg ist derzeit erhitzt. Zuletzt war die 33-jährige Saskia S. ums Leben gekommen, die von einem abbiegenden Lkw in Eimsbüttel überrollt wurde. Fahrradproteste sind eine Antwort. Am vergangenen Mittwoch beteiligten sich Hunderte Radfahrer im Gedenken an Saskia S. an der jährlichen Gedenkfahrt „Ride of Silence“. In diesem Jahr sind deutschlandweit bereits 15 Radfahrer durch Unfälle mit LKWs getötet worden.

Sabine S. setzte am Vormittag des 17. Dezember 2016 mit ihrem VW-Golf zum Abbiegen in die Franzosenkoppel an, als sie den von rechts kommenden Radfahrer übersah. Das Opfer wurde mitsamt seines Fahrrads elf Meter weit geschleudert. Der Golf geriet daraufhin außer Kontrolle, steuerte auf

Tod auf dem Rad

Von einem rechts abbiegenden LKW wurde eine Radfahrerin am 7. Mai an der Ecke Osterstraße/Eppendorfer Weg überfahren und starb.

Die jährliche Gedenkfahrt „Ride of Silence“ am Mittwoch führte daraufhin zum Unfallort.

Jeder zehnte tote Radfahrer geht laut dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) auf das Konto rechtsabbiegender LKW. Der Club fordert daher verkehrliche Verbesserungen wie vorgezogene Haltelinien.

An der Unfallstelle hat der Bezirk Eimsbüttel inzwischen solche Haltelinien angebracht.

Seine Forderung nach Abbiegeassistenten für LKW hat Verkehrssenator Frank Horch (parteilos) im NDR bekräftigt. Einige Länder wollten das nur für neue LKW. „Uns geht das nicht weit genug“, sagte Horch, der zurzeit Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz ist. „Wir fordern, auch Altfahrzeuge nachzurüsten.“

den gegenüberliegenden Gehweg und überrollte den Radfahrer dort. Als die Polizei und Rettungsdienst eintrafen, fanden sie das Opfer eingeklemmt unter dem Auto, in einer Blutlache.

„Das ist einer der wenigen Unfälle, wo man doch länger drüber nachdenkt“, sagt Wolfgang Koellner, Polizeibeamter und erster am Tatort, als Zeuge vor Gericht. Koellner und seine Kollegen kümmerten sich am Unfallort um die Beteiligten. Ein Rettungsbeamter habe dort schon gesagt, dass da „nichts mehr zu machen sei“, glaubt Koellner sich zu erinnern.

Schon damals am Unfallort, als Sabine S. im Nachbarhaus am Esstisch saß und zitterte, sei sie wegen des Schocks kaum ansprechbar gewesen, sagt die Polizistin. Auch im Gericht hält sie sich die 56-jährige Angeklagte wegen der psychischen Belastung zurück. Sie befinde sich seit dem Unfall in fachärztlicher Behandlung und könne sich nicht äußern, sagt ihr Verteidiger, Volker Flach. Einzig Angaben zur Person macht sie selbst. Auf die Frage, wann sie ihren Führerschein gemacht habe, antwortet sie sichtlich verwirrt mit „Ich bin der Meinung 2080.“ Die Gerichtszeichnerin benutzt zartrosa Kreide für das Gesicht

der Angeklagten, doch so viel Farbe hat ihre Haut nicht.

Die Witwe des Opfers, Valentina Borynec, hatte als Nebenklägerin zu Beginn des Prozesses am 21. August 2017 einen Sachverständigen hinzugezogen. Dieser konnte rekonstruieren, dass Sabine S. mit einer Geschwindigkeit von mindestens 42 Stundenkilometern gefahren sein muss. Der Unfallort liegt in einer 30er-Zone.

Sabine S. wohnt dort, sie kennt die Straßen. Und sie fuhr ungebremst an eine Kreuzung. „Selbst wenn die Angeklagte 30 gefahren wäre, wäre es ein fahrlässiges Verhalten, so an eine Kreuzung zu fahren“, sagt die Staatsanwältin. Außerdem habe Sabine S. die Vorfahrt des Radfahrers missachtet. Dieser fuhr zwar auf der falschen Seite der Straße, trotzdem jedoch auf einem Fahrradweg, und der habe immer Vorfahrt.

Für das Gericht steht fest: Das Unglück in der Ückerstraße hätte vermieden werden können. Einen Führerscheinentzug ordnete Amtsrichter Wolfgang Rußer trotzdem nicht an. Sabine S. hat keine Punkte in Flensburg, ist nicht vorbestraft. Der Richter ist sich sicher, dass so etwas gewiss nicht wieder vorkommen wird.

heute in hamburg

„Das Schloss der Kolonialherren – was soll uns das sagen?“

Publikumsgespräch:

„Von der ‚Kühlkammer weißer Wissbegier‘ zur Entgrenzung von Dingen und Wissen“:
19.30 Uhr,
Museum für Völkerkunde

Interview Gernot Knödler

taz: Herr Mboro, ist bei ethnografischen Sammlungen eine Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa möglich?

Mnyaka Sururu Mboro: Eine Zusammenarbeit würde ich begrüßen. Bis jetzt gab es die noch nicht.

Wie könnte eine Zusammenarbeit aussehen? Ich kann sagen, wie sie nicht aussehen sollte. Wir haben mit unserem Verein Berlin Postkolonial ein Bündnis „No Humboldt-Forum 21“ gegründet.

Was haben Sie gegen das Humboldt-Forum? Wir haben das Bündnis gegründet, als der Grundstein zur Wiedererrichtung des Alten Schlosses gelegt wurde, der das Forum beherbergen soll. Uns ist sehr bewusst, dass dies das Schloss der Kolonialherren war. Als Nachfahr eines Kolonisierten frage ich mich, was man uns damit sagen wollte, indem man so etwas neu baut und darin Sachen aus den ehemaligen Kolonien zeigen will.

Woran erinnert Sie das Alte Schloss?

Hier hat Wilhelm I. residiert, der Gastgeber der Berliner Konferenz zur Aufteilung Afrikas, und Wilhelm II., der für den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia verantwortlich ist.

Gäbe es eine Möglichkeit, die Ausstellung so zu gestalten, dass sie doch an diesem Ort gezeigt werden könnte, der ja immerhin einen historischen Bezug bietet?

Wie kann man das tun, wenn man nicht mit uns kooperieren will?

Die Ausstellungsobjekte werden ja heute schon im ethnologischen Museum in Dahlem gezeigt.

Die Sachen, die dort präsentiert werden, sind sehr spärlich. Die meisten davon liegen im Keller. Und selbst im Humboldt-Forum soll nicht einmal ein Prozent davon gezeigt werden.

Wie stellen Sie sich eine angemessene Präsentation vor?

Bei einer Ausstellung im Haus der Kulturen der Welt habe ich zum ersten Mal erfahren, dass es viele Objekte aus Tansania in Berlin gibt. Diese Objekte wurden nur mit ihrem Gewicht, ihrer Größe, dem Fundort und -jahr bezeichnet – fertig! Was fehlte, war die Biografie dieser Ausstellungsstücke.

Bei einer Präsentation im Humboldt-Forum ließe sich das ja ändern.

Die Biografie kann aber nur von uns Nachfahren kommen. Die Aussteller sind daran aber nicht interessiert, weil das zeigen würde, dass vieles gestohlen wurde.



Foto: Tahir Della

Mnyaka Sururu Mboro, 67, stammt aus Tansania. 2007 hat er den Verein Berlin Postkolonial mitgegründet.

nachrichten

Aussicht für alle

SPD-Fraktionschef Dirk Kien-scherf fordert eine öffentliche Aussichtsplattform auf dem geplanten 233 Meter hohen Elbtower. Da in anderen Städten markante Hochhäuser mit beeindruckenden Ausblicken viele Besucher anziehen, stelle sich die Frage, ob dies nicht auch in Hamburg möglich sein müsste, sagte Kien-scherf. „Der Elbtower muss ein Haus für alle Hamburger werden“, sagte sein CDU-Kollege André Trepoll. (dpa)

Beamte in die Kasse

Als erstes Bundesland öffnet Hamburg neuen Beamten mit einer pauschalen Beihilfe die gesetzliche Krankenversicherung. Die Bürgerschaft beschloss am Mittwochabend ein entsprechendes Gesetz, das zum 1. August in Kraft tritt. Mit der Regelung erhalten Beamte auf Wunsch statt individueller Beihilfe nun wie andere Arbeitnehmer den hälftigen Beitrag zu einer gesetzlichen oder privaten Krankenvollversicherung. (dpa)

Keine Videos für G20-Ausschuss

Die Linke kritisiert, die Innenbehörde stelle bereits zugesagtes Material nicht zur Verfügung

Von Katharina Schipkowski

Noch vor Beginn der Sitzung des G20-Sonderausschusses am Donnerstag hat die Linksfraktion die Innenbehörde beschuldigt, dem Ausschuss bereits zugesagte Dokumente vorzuenthalten. Es geht um 1.000 Videos, etwa Luftaufnahmen vom Demonstrationsgeschehen während der G20-Tage.

Die Innenbehörde will sie dem Ausschuss jetzt doch nicht zur Verfügung stellen, weil sie Beweismittel in laufenden Ermittlungen oder „potenzielle Beweismittel in noch einzuleitenden Strafverfahren“ sein könnten. „Eine Veröffentlichung würde den Ermittlungserfolg gefährden“, zitierte die Linke die Antwort der Innenbehörde

und beantragte, die Ausschuss-sitzung zu verschieben, bis die Videos vorlägen. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder lehnte das ab.

Auf der Tagesordnung standen die Geschehnisse vom Morgen des 7. Juli, dem Tag des zivilen Ungehorsams der G20-Proteste. Von verschiedenen Startpunkten aus waren verschiedenfarbige „Demo-Finger“ in Richtung Innenstadt gezogen, um die Zufahrtswege zu den Tagungsorten zu blockieren.

Die Verantwortlichen von Innenbehörde und Polizeiführung waren sich in ihren Schilderungen vor dem Ausschuss einig: Alles sei nach Plan gelaufen, die Polizei habe die Finger in der Innenstadt erwartet. Nur ein Finger habe sich von An-

fang an militant verhalten und Straftaten verübt: der Schwarze Block am Ronden-barg. Jan Hieber, der Chef der Soko Schwarzer Block, sprach über dessen Teilnehmer*innen konsequent als „Straftäter“. Diese hätte man dann aber schnell davon abgehalten, „weitere Straftaten“ zu begehen.

Christiane Schneider (Linke) merkte an, sie gehe eigentlich davon aus, dass in Deutschland Richter die Schuld feststellen und man bis dahin von Beschuldigten spreche, nicht von Straftätern.

Am Rondenbarg waren etwa 150 Demonstrant*innen auf zwei Polizeieinheiten getroffen, hatten Pyrotechnik und einige Steine in ihre Richtung geworfen, ohne zu treffen. Darauf

wurde die Demonstration brutal von der Polizei zerschlagen. 14 Menschen kamen ins Krankenhaus, weil sie auf der Flucht über ein Gitter gestürzt waren. Über 70 Menschen wurden festgenommen. Innensenator Andy Grote (SPD) nannte das polizeiliche Vorgehen einen Erfolg.

Auf die Nachfrage der Grünen-Abgeordneten Antje Möller, ob die Polizei versucht habe, mit den Demonstrantinnen Kontakt aufzunehmen und sie danach zu fragen, ob es sich um eine Versammlung handele, die angemeldet werden solle, antwortete Hieber, das sei nicht möglich gewesen. Es habe sich nicht um eine grundrechtlich geschützte Versammlung gehandelt, sondern um einen „gewalttätigen Mob“.

Anzeige

Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg

Dienstag 22.5. | 19 Uhr | Fabrique im Gängeviertel* | Valentinskamp 34A

marx'

Marx' Hauptwerk

Immer noch ein Kompass für die Linke?

»Kapitale-Rezeption und sozialistische Strategie von 1867 bis heute

Vortrag / Diskussion **Dr. Ingo Schmidt** Ökonom / Aktivist, leitet das interdisziplinäre Labour Studies Program (Programm zum Studium der Arbeit und Arbeiterbewegung) der Athabasca University in Kanada

*Sonntags von der Fabrique im Gängeviertel (Gängeviertel) Zugang über Stockstraße

www.hamburg.rosalux.de | info@rls-hamburg.de | T. 28 00 37 05 | Alsterort 20 | 20095 HH